

Auszug aus der Niederschrift
19. Sitzung des Sozialausschusses vom 23.05.2023

**1.2 Jahresbericht 2022 der Schuldnerberatung des Diakoniewerks Oberhausen
Tätigkeitsbericht 2022 der Schuldnerberatung des Caritasverbands Oberhausen
M/17/3482-01
zur Kenntnis genommen**

Herr Domeyer, Diakoniewerk Oberhausen, erläutert, dass im September 2022 eine neue halbe Stelle besetzt werden konnte. Auch die Verbraucherinsolvenzberatung wurde um eine halbe Stelle erweitert. Die Beratungsanfragen sind nach wie vor sehr hoch. Durch die Personalaufstockung konnten die Wartezeiten jedoch von bis zu 12 Wochen auf nunmehr ca. 8 Wochen reduziert werden.

Durch das Ende der Pandemie ist die Zahl der in der Pandemie enorm gestiegenen Anzahl von ausgestellten Pfändungsschutzkontobescheinigungen etwas zurückgegangen.

Die Auswirkungen der Energiekrise werden langsam spürbar, dafür wurde dank des Stärkungspaktes NRW eine weitere 15-Stunden-Kraft, befristet bis Dezember 2023, eingestellt.

Weiterhin weist Herr Domeyer auf einen Fehler in der Vorlage hin. Auf Seite 8 des Berichts des Diakoniewerks wurden Zahlen nicht korrekt übertragen. In 2021 wurden 921 Kurzberatungen, 250 Langberatungen, also insgesamt 1171 Beratungen durchgeführt.

Frau Kellermann, Caritasverband Oberhausen, führt aus, dass die Schuldnerberatung mit einer halben Stelle ausgestattet ist. In 2022 wurden über 600 Kurzberatungen durchgeführt.

Viele Anfragen zum Pfändungsschutzkonto konnten nicht mehr bewältigt werden. Diese Personen wurden an das Diakoniewerk verwiesen.

Aufgrund der Energiekrise wurde eine Vernetzung mit der Verbraucherzentrale umgesetzt. Auch eine Vernetzung mit den Quartiersbüros wurde umgesetzt, da durch den demografischen Wandel festzustellen ist, dass die Schuldner*innen immer älter werden und von diesen die Schuldnerberatung häufig aus Schamgefühl nicht aufgesucht wird. Hierfür bieten die Quartiersbüros eine gute Hilfe.

Herr Stadtverordneter Babic bedankt sich für die Berichte und für die wichtige Arbeit, Bürger*innen in Not zu beraten und zu begleiten. Er fragt nach, ob die Kurzberatungen im Ergebnis eher zum Erfolg oder zu Langberatungen führen.

Herr Telli, Bürgermitglied, bedankt sich für den Bericht, insbesondere für den Hinweis auf ältere Menschen durch den Caritasverband. Der Bericht bestätigt und konkretisiert die aus dem Sozialbericht gewonnenen Erkenntnisse. Durch die Angaben des Wohnsitzes der Ratsuchenden ist erkennbar, dass die Sozialräume Mitte/Styrum, Oberhausen-Lirich und Oberhausen-Osterfeld besonders von Schulden betroffen ist. In Mitte/Styrum ist die in 2021 bereits höchste Zahl der Ratsuchenden in 2022 noch einmal angestiegen, woraus sich ein dringender Handlungsbedarf ergibt. Aufgrund der auch bei der Kommune bestehenden angespannten Finanzlage, sollte geprüft werden, ob Programme oder Fördermittel genutzt werden können, um den Menschen zu helfen.

Herr Girrullis, Bürgermitglied, bedankt sich für den Bericht, anhand dessen zu erkennen ist, dass die Aufstockung der Personalkapazitäten erforderlich war. Auch Herr Girrullis geht davon aus, dass sich die Energiekrise in Form von Energieschulden noch zeigen wird. Er schlägt vor, mit der EVO in Kontakt zu treten und Kooperationsvereinbarungen zu treffen, da auch die EVO aufgrund knapper Personalressourcen an einer Lösung interessiert sein wird.

Frau Kleinelützum (Schuldnerberatung Diakoniewerk) erläutert, dass die Anzahl der Langberatungen gleichbleibend ist, während die Anzahl der Kurzberatungen gestiegen ist. Viele Personen werden nach

einer Kurzberatung an Anwälte mit dem Fachgebiet Insolvenzverfahren vermittelt.
Zu der EVO wurden erste Verknüpfungen hergestellt. Dort wurde ein Ansprechpartner zur Verfügung gestellt, mit dem moderatere Rückzahlungsmodalitäten vereinbart werden konnten.

Herr Beigeordneter Motschull teilt mit, dass der EVO über den Stärkungspakt finanzielle Hilfen zur Verfügung gestellt werden sollen, die dann den Menschen mit Energieschulden zugutekommen sollen. Hierzu finden noch Gespräche statt. Ein entsprechender Bericht wird in der zweiten Jahreshälfte erfolgen.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/3482-01 zur Kenntnis.